

Jugendsozialarbeit und politische Bildung/Demokratiebildung wirkungsvoll verzahnen – jetzt!

Pressemitteilung des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit



Die Jugendsozialarbeit steht aktuell mehr denn je in der Verantwortung, wenn es um die Bewältigung der gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen geht. Politische Bildung und Demokratiebildung betreffen dabei alle jungen Menschen. Der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert vor diesem Hintergrund, den Fachdiskurs der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung stärker miteinander zu verschränken und Kooperationen zu vertiefen. (BMFSFJ, 16. Kinder- und Jugendbericht „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter 2020, S.494). Dieser wurde heute im Rahmen der AGJ-Fachtagung einer breiten Fachöffentlichkeit präsentiert. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit befürwortet, dass die Stärkung der politischen Bildung in der Jugendsozialarbeit vom Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus aufgegriffen wurde. Aufbauend auf dieser Absichtserklärung fordert er eine systematische und institutionelle Verankerung von politischer Bildung in der Jugendsozialarbeit.



1

Die sieben Bundesorganisationen der Jugendsozialarbeit verstehen politische Bildung und Demokratiebildung als menschenrechtsorientierte, ganzheitliche Konzepte. Partizipation ist in der Jugendsozialarbeit, ebenso wie generell in der Kinder- und Jugendhilfe, von zentraler Bedeutung. Jugendsozialarbeit erreicht junge Menschen, die bisher keine oder wenige Berührungspunkte mit „klassischen“ politischen Bildungsangeboten haben.



Aufgrund fehlender Ressourcen und anderer Aufgaben erfolgt politische Bildung in der Jugendsozialarbeit häufig noch nebenbei. Vor diesem Hintergrund sind zum einen die Fachkräfte zu qualifizieren, wie sie politische Bildung im Alltag der Jugendsozialarbeit „mit Leben füllen“ können. Qualifizierte Fortbildungen sowie Supervision für die Fachkräfte müssen hierzu finanziell besonders gefördert werden. Zudem ist die Zusammenarbeit mit Expert*innen aus der politischen Jugendbildung besonders wichtig.



Gleichzeitig fordert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit eine stärkere Berücksichtigung der Zielgruppen der Jugendsozialarbeit in der

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

Förderphilosophie von Bundesprogrammen wie „Demokratie leben!“ und setzt sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Beirat des BMFSFJ zur Jugendstrategie für die Entwicklung niedrigschwelliger, zielgruppenkonformer Beteiligungsformate ein. Mit der ressortübergreifenden Jugendstrategie ist ein wichtiges Fundament für eine stärkere, strukturelle Einbindung junger Menschen in die politische Willensbildung gelegt worden. Im Sinne einer chancengerechten und heterogenen Teilhabe müssen jedoch neue Konzepte zur stärkeren Einbindung des Arbeitsfeldes der Jugendsozialarbeit erprobt und perspektivisch etabliert werden. Dies gilt umso mehr im Angesicht gesellschaftspolitisch bedeutsamer Megatrends wie die Ambivalenzen der Digitalisierung, Flucht und Migration sowie der für die Zielgruppen der Jugendsozialarbeit schon jetzt absehbaren, gravierenden Folgen der Corona-Pandemie.

Der Ende letzten Jahres veröffentlichte 16. Kinder- und Jugendbericht zur Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter hebt das JMD-Programm Respekt Coaches als ein gelungenes Beispiel für die Kooperation von Jugendsozialarbeit und politischer Bildung am Lern- und Lebensort Schule hervor. Als Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit begrüßen wir es, dass als Reaktion auf den Erfolg des Programms nun ein Ausbau und eine programmatische Erweiterung auf das Phänomen Rechtsextremismus erfolgen. Als dauerhaftes sozialpädagogisches Angebot für alle Schülerinnen und Schüler am Lebensort Schule bietet Schulsozialarbeit darüber hinaus viel Potential für eine strukturelle Verzahnung von schulischer und außerschulischer politischer Jugendbildung. Damit die Schulsozialarbeit ihrem gesellschaftspolitischen Auftrag gerecht werden kann, setzt sich der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit ein für eine strukturelle Absicherung und einen nachhaltigen Ausbau sowie verlässliche Formen der Kooperation und Finanzierung in Bund, Ländern und Kommunen.

2

Berlin, 28.01.2021

Angela Werner (Sprecherin Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Fachliche Ansprechperson:

Svenja Pasternak

Internationaler Bund

Abteilung "Jugend, Chancen, Migration"

Svenja.Pasternack@ib.de

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

